

## **Geldsegen für Aktieninvestoren**

Es ist wieder soweit: Die europäischen Unternehmen schütten einen Großteil ihrer Gewinne an ihre Eigentümer, die Aktionäre, aus. Gerade für den langfristigen Gesamterfolg von Aktieninvestments sind Dividendenzahlungen nicht zu unterschätzen. International machen sie rund die Hälfte der langfristigen Gesamterträge aus. In Europa sind Kursgewinne etwas wichtiger, aber auch hierzulande beträgt der Anteil der Dividendenzahlungen am Gesamtertrag rund 40 Prozent. Allein die 30 im Deutschen Aktienindex (DAX) enthaltenen Konzerne überweisen ihren Aktionären in diesem Jahr knapp 32 Milliarden Euro.

Zusammen mit den 80 anderen Unternehmen aus MDAX und TecDAX erhöht sich die Dividendensumme auf rund 43 Milliarden Euro. Es sind die Unternehmensgewinne 2016, die jetzt ausgeschüttet werden, sobald die Hauptversammlungen der Aktiengesellschaften die Ausschüttungen beschließen. Wenn es so kommt, würde die Dividendensumme um rund zehn Prozent gegenüber dem Vorjahr auf einen neuen Rekordwert steigen.

Hätten sich die deutschen Bundesbürger gleichmäßig an den börsennotierten Unternehmen ihres Landes beteiligt, würde jeder von ihnen jetzt ungefähr 525 Euro Gewinnausschüttung erhalten. Doch die Bereitschaft, in Aktien zu investieren, ist in Deutschland gering. Die börsennotierten deutschen Konzerne gehören mehrheitlich Ausländern; und so fließt auch der größere Teil der deutschen Dividenden ins Ausland.

Umgekehrt sollten deutsche Anleger ihrerseits über die deutschen Ländergrenzen investieren – gerade bei der Suche nach stetigen Dividenden. So zahlt beispielsweise der US-Pharmakonzern Eli Lilly seit 132 Jahren ununterbrochen Dividende. Internationale Streuung über verschiedene Branchen verringert die Risiken, von wirtschaftlichen Entwicklungen einzelner Länder oder Industrien abhängig zu werden.

Für Fondsmanager ist die Dividende zwar nur ein Aspekt bei der Auswahl von Aktien. Die Dividende gilt vielen als Ausdruck des inneren Wertes und damit der wirtschaftlichen Kraft von Unternehmen. Anders als viele Bilanzkennziffern lässt sich die Dividende nicht schönrechnen. So werde sie, zumindest auf Dauer, ein guter Gradmesser des Erfolges.

Weil stetige Dividendenzahlungen aber häufig mit guten Geschäftsmodellen und hoher Qualität des operativen Geschäfts einhergehen, finden sich gute Dividendenzahler nicht nur in Aktienfonds, die erklärtermaßen eine "Dividendenstrategie" verfolgen. So verwundert es auch nicht, dass Dividendenaktien langfristig besser abschneiden als Aktien, die keine Gewinnausschüttungen vornehmen. Gegenüber dem Marktdurchschnitt wird der Vorteil auf rund ein Prozent pro Jahr beziffert, gegenüber Aktien ohne Dividendenzahlung sogar auf rund zwei Prozent pro Jahr. Zudem fallen die Kursschwankungen geringer aus, wenn eine stetige Dividendenzahlung zu erwarten ist.

Wer als Aktieninvestor direkt oder indirekt regelmäßig Dividenden erhält, ist nicht allein auf Kursgewinne angewiesen. Im aktuellen Niedrigzins-Umfeld verschaffen allein die durchschnittlichen Dividendenrenditen Aktieninvestments einen Vorsprung vor klassischen Bank- und Sparanlagen. Die Zeit ist nicht Verbündeter der Zinsanleger, sondern der Aktionäre.

## **Großbritannien geht, Frankreich bleibt**

Das überraschende Votum der Briten für einen Austritt aus der Europäischen Union im Juni vergangenen Jahres hatte die Börsen überrascht. Spätestens seitdem lasteten Sorgen um den Zusammenhalt der EU auf den Kapitalmärkten. Das Abdriften der Insulaner ist allerdings weitaus leichter für Europa zu verkraften als es eine Erschütterung des Kernlandes wäre. Deutschland und Frankreich bilden dieses Kerneuropa. So waren die Ängste vor einem Euro-

pa-feindlichen Votum bei den Wahlen in den Niederlanden und in Frankreich gewachsen. Auch wenn die absolute Stimmzahl für die Rechts-Populisten Wilders und Le Pen erschreckend hoch ausfielen, darf man doch von klaren Mehrheiten für Europa- und Euro-Befürworter ausgehen.

Auf den Sieg des Liberalen Emmanuel Macron bei der ersten Runde zur Wahl des neuen französischen Staatspräsidenten, reagierten die Aktienbörsen mit einem Gewinnsprung. Der Deutsche Aktienindex (DAX) schaffte es darauf erstmals in seiner Geschichte über 12.400 Punkte. Der Leitindex verzeichnete einen Tagesgewinn von 3,4 Prozent. Sogar die Wall Street reagierte mit Erleichterung auf den Erfolg von Macron. US-Standardwerte verzeichneten gemessen am Dow-Jones und S&P-500 einen Tagesgewinn von 1,1 Prozent. An die Spitze der Kursgewinne setzten sich aber europäische Bankaktien, wo französische Finanzinstitute wie Société Générale, BNP Paribas und Credit Agricole Kurssprünge von rund acht Prozent machten. Der europäische Banken-Index legte 6,4 Prozent zu und diverse Analysten gaben Kaufempfehlungen für Banken der Euro-Zone im Allgemeinen und französische Geldhäuser im Besonderen. Das alles zeigt, wie groß die Erleichterung ist, dass nicht die Euro-Ablehner von den Rändern des politischen Spektrums, Rechtsaußen Marine Le Pen und Linksaußen Jean-Luc Mélenchon, die Stichwahl um die Präsidentschaft untereinander ausmachen. So gilt ein Wahlsieg des pro-europäischen Emmanuel Macron als sicher.

Zuvor hatte die Ankündigung von Neuwahlen in Großbritannien schon Hoffnungen aufkommen lassen, die Briten würden ihren EU-Austritt noch einmal in Frage stellen. Tatsächlich sehen sich aber alle führenden Politiker an das Ergebnis des Referendums gebunden. Der Austritt aus der Europäischen Union wurde inzwischen auch formal eingeleitet. Und das Motiv der britischen Premierministerin May, Neuwahlen zum britischen Parlament für den 8. Juni anzusetzen, ist vielmehr eine erhoffte Stärkung ihrer konservativen Partei, um Rückhalt für die Austrittsverhandlungen mit Brüssel zu erhalten.

Denn nach dem ersten Schock erscheint die Rest-EU inzwischen zu harten Verhandlungen bereit. EU-Ratspräsident Donald Tusk gab das Motto vor: "Im Kern geht es um Schadensbegrenzung." Die Verhandlungsleitlinien der 27 verbliebenen EU-Staaten werden den Briten den EU-Austritt nicht leichtmachen. Dies beginnt schon bei der geforderten zeitlichen Abfolge der Verhandlungen. Anders als May fordert die EU zwei getrennte Phasen: Zuerst soll die Trennung geklärt werden, danach die künftigen Beziehungen. Damit würde die EU einen Hebel haben für eine gütliche Einigung in zwei zentralen Punkten: Klarheit und Rechtssicherheit für Bürger, Unternehmen, Betroffene und internationale Partner sowie die finanzielle Schlussrechnung, die auf bis zu 60 Milliarden Euro geschätzt wird.

Die EU dürfte den von London unbedingt gewünschten Zugang zum Binnenmarkt an Rechte für EU-Bürger in Großbritannien koppeln: Aufenthalt, Wohnrecht, Zugang zum Arbeitsmarkt, Sozialbezüge, Steuervorteile, Ausbildung, das Recht auf selbstständige Tätigkeit, die weitere gegenseitige Anerkennung bereits vorhandener Studienabschlüsse, stehen auf der Wunschliste der Kontinentaleuropäer. Wer mindestens fünf Jahre in Großbritannien gelebt hat, soll ein dauerhaftes Aufenthaltsrecht bekommen. Und dieses solle "in einem einfachen und raschen Verfahren vergeben werden, das entweder keine Gebühren kostet oder nur so viel, wie auch Einheimischen für ähnliche Papiere abverlangt werden". Darüber hinaus will die EU einen Familiennachzug "zu jedem Zeitpunkt vor oder nach dem Austrittsdatum".

Ein zweiter Streitpunkt dürfte die finanzielle Abrechnung sein, weil den britischen Wählern ja erzählt wurde, der Brexit spare Geld. Tatsächlich wird das Gegenteil der Fall sein, denn die EU zeigt sich entschlossen: "Es sollte eine einzige finanzielle Vereinbarung mit Blick auf den Haushalt der Union und auf die Beendigung der Mitgliedschaft des Vereinigten Königreichs in allen Institutionen und Organisationen unter dem Dach der EU-Verträge geben", heißt es in den Verhandlungsleitlinien.

Gemeint sind damit unter anderem die Europäische Zentralbank, die Europäische Investitions-

bank, der Europäische Entwicklungsfonds und das Budget zur Unterstützung von Flüchtlingen in der Türkei. Geklärt werden müssten Schulden, Folgekosten, Haushaltsverpflichtungen und "alle anderen Pflichten". Hinzu sollen nach Vorstellungen der EU die Kosten für den Umzug der EU-Einrichtungen aus Großbritannien auf den Kontinent kommen.

Nun könnte man sagen, dies seien nur die Maximal-Wunschvorstellungen der EU, von denen schließlich in einem Kompromiss wenig übrigbleiben dürfte. Doch die EU befindet sich in einer stärkeren Verhandlungsposition. Erst in Phase zwei käme auf den Verhandlungstisch, was für die britische Volkswirtschaft viel wichtiger als für die EU ist: der Zugang für britische Exporte zum EU-Binnenmarkt. Dahinter steht die Idee, dass London bei den Verhandlungen erst den Konditionen der Trennung zustimmen muss, bevor ein Freihandelsabkommen thematisiert wird: "Der Europäische Rat wird die Fortschritte genau beobachten und feststellen, wann ausreichender Fortschritt erzielt wurde, um den Eintritt der Verhandlungen in die nächste Phase zu erlauben", heißt es in den Leitlinien.

Für die britische Volkswirtschaft wäre ein "harter" EU-Austritt ohne Anschlussregelung ein wirtschaftliches Desaster, würde doch der wichtigste Exportmarkt wegbrechen. Seinerseits mit hohen Zöllen auf EU-Importe zu drohen, greift dagegen kurz, hätte man doch zunächst wenig Alternativen zu den Einfuhren aus der EU, die sich damit allerdings deutlich verteuern würden. Eine weitreichende wirtschaftliche Entflechtung wäre für Großbritannien schwieriger und teurer als für die EU, davon ist man auch in Brüssel überzeugt.

Wie sagte doch EU-Ratspräsident Tusk: "Die EU wird nicht auf Bestrafung abzielen. Der Brexit selbst ist Strafe genug."

Anleger dürfen sich unterdessen über den Zusammenhalt der Kontinentaleuropäer freuen. Die lange auf den europäischen Börsen lastenden politischen Sorgen treten jetzt in den Hintergrund. Damit dürfte internationales Kapital an die europäischen Kapitalmärkte zurückkehren und Spielraum für weitere Kursanstiege schaffen.

Mit freundlichen Grüßen



**WVB Vermögens-Management  
GmbH & Co. KG**

Quelle: „GUT ZU WISSEN...“ erscheint bei der Drescher & Cie Gesellschaft für Wirtschafts- und Finanzinformationen mbH, Postfach 2165, 53744 Sankt Augustin. Trotz sorgfältiger Auswahl der von der Drescher & Cie GmbH als zuverlässig eingestufte Quellen und Informationen kann für die Richtigkeit, Vollständigkeit und Aktualität der Inhalte nicht gehaftet werden. Dies gilt insbesondere für Inhalte, die nicht von der Redaktion der Drescher & Cie GmbH, sondern von Dritten stammen. Inhalte der Redaktion sind anhand der jeweiligen Kürzel am Ende der redaktionellen Beiträge erkennbar, welche sich auf der Internetseite [www.investmentredaktion.de/redaktion](http://www.investmentredaktion.de/redaktion) wiederfinden lassen. Die Inhalte der „GUT ZU WISSEN...“ dienen ausschließlich Informationszwecken. Sie stellen weder eine individuelle Anlageempfehlung noch eine Aufforderung zum Kauf oder Verkauf von Wertpapieren dar. Kein Teil der „GUT ZU WISSEN...“ oder dessen Format darf (auch auszugsweise) ohne die ausdrückliche vorherige schriftliche Zustimmung der Drescher & Cie GmbH oder ohne eine entsprechende schriftliche Vereinbarung mit der Drescher & Cie GmbH zur Nutzung der Inhalte und / oder des Formats der „GUT ZU WISSEN...“ (Nutzungsrecht) reproduziert, nachgedruckt oder sonst vervielfältigt oder verbreitet werden. Jede im Bereich eines gewerblichen Unternehmens hergestellte oder genutzte Kopie (auch auszugsweise) ohne Nutzungsrecht verpflichtet zur Gebühreinzahlung an den Verleger. Regelungen zu einem Nutzungsentgelt im Rahmen einer Einräumung eines Nutzungsrechts bleiben unberührt. (c) 2011 Drescher & Cie GmbH